

RATHAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber und verang. Redakteur
Karl H o n a y

Wien, Freitag, den 11. Jänner 1924.

Die Wasserkraftwerke und der neue Zolltarif. Die Regierung hat einen Entwurf über neue Zölle ausgearbeitet, der auch eine Erhöhung des Zementzolles auf zwei Goldkronen enthält. Gegenüber dem bisherigen Zementzoll entspricht dies einem siebenfachen gegenwärtigen Zollsatz. Dadurch verteuert sich ein Waggon Zement um etwa 2.5 Millionen Kronen. Würde dieser erhöhte Zoll wirksam werden, so ergebe sich für die Gemeinde Wien, die in diesem Jahre eine umfangreiche Wohnbautätigkeit entfaltet, eine bedeutende Mehrausgabe, unter der natürlich der Wohnhausbau zu leiden hätte. Aber auch die Wasserkraftbauten Oesterreichs würden unter einem erhöhten Zementzoll vielfach eingeschränkt werden müssen. Es haben daher die an dem Ausbau der Großwasserkräfte Oesterreichs arbeitenden Gesellschaften an das Bundesministerium für Finanzen eine ausführliche Eingabe gerichtet, in der sie ihre schwerwiegenden Bedenken gegen die geplante gewaltige Erhöhung des Zementzolles vorbringen. In der Eingabe wird ausgeführt, daß ohne zu untersuchen, ob das Verlangen der heimischen Zementindustrie nach dieser, einem Prohibitivzoll gleich kommenden Zollerhöhung mit ihren Gesteherungskosten im Einklang steht, das Ausschalten der preisregulierenden Konkurrenz des ausländischen Zementes durch diese enorme Zollbelastung doch eine schwere Schädigung nicht nur der Wasserkraftbauten, sondern auch anderer, wichtiger Gewerbe, ^{vor allem der} Bauindustrie u. s. w. darstelle. Die durch die Erhöhung der Löhne, Materialien, durch die Schaffung der Warenumsatzsteuer hervorgerufene Vertauierung des Ausbaues von Wasserkraften, würde durch diese neue Belastung derart gesteigert werden, daß sich in vielen Fällen der Wasserkraftausbau unwirtschaftlich stellen würde, wodurch das mit der Sanierung des Staates aufs engste verbundene Programm der Nutzung der heimischen Wasserkräfte erdrosselt würde. So erfordert der Ausbau einer Wasserkraft von 12.000 Pferdekräften bei günstigen heimischen Verhältnissen rund 1400 Waggon Zement. Durch den geplanten Prohibitivzoll ergebe sich eine neue Belastung von mehr als 3.5 Milliarden Kronen. Der vielleicht als Begründung der Zollerhöhung angeführte Wunsch, die Arbeitslosigkeit unter den Zementarbeitern zu beseitigen, ist jedenfalls unzutreffend, wenn die kleine Zahl dieser Arbeitslosen, wenn sie überhaupt vorhanden ist, mit den vielen tausenden Bau- und Bergarbeitern verglichen wird, die durch die Drosselung der Wasserkraftbauten und der Bauindustrie arbeitslos werden würden. Auch das Argument, daß durch die Schaffung dieses Zolles mitgeholfen wird, die Handelsbilanz aktiv zu gestalten, kann nicht gelten, weil die Hauptbelastung der österreichischen Handelsbilanz durch die Kohleneinfuhr verursacht wird. Die Bemühungen die Handelsbilanz aktiv zu gestalten, können daher nur darauf passieren, den Staat von der Einfuhr der Kohle aus dem Ausland unabhängig zu machen. Dies geschieht durch die möglichst vollständige Ausnützung der heimischen Wasserkräfte und der Förderung des Ausbaues dieser Werke. Durch eine Zollpolitik, wie sie jetzt geplant ist, würden jedoch gerade diese mit Energie und unentwegtem Arbeits eifer in Angriff genommenen Bauten auf das schwerste getroffen. Die Eingabe verweist schließlich noch darauf, daß die Regierung im Jahre 1921 durch die Schaffung des Wasserkraftförderungsgesetzes in dankenswerter

Weise den Ausbau der Wasserkräfte begünstigt hat und daß diese Begünstigungen durch die in die Milliarden gehende Zollverteuerung hinfällig wurden. Die österreichischen Wasserkraftgesellschaften erwarten daher von der Regierung, daß sie diesen gerechtfertigten Vorstellungen entsprechend den Zementzoll auf der Höhe belässt, die ein wirtschaftliches Arbeiten ermöglicht. Die an dem Ausbau der Wasserkräfte Oesterreichs arbeitenden Gesellschaften erfüllen eine für das Wirtschaftsleben des Bundes wichtige Aufgabe und ersuchen daher die Regierung, daß sie bei der Beratung über derart wichtige Vorlagen, wie sie der Zolltarif darstellt, zugezogen werden.

Unveränderte Kanalräumungsgebühren. Für den Monat Jänner bleiben die Kanalräumungsgebühren unverändert. Sie betragen daher das Zwanzigfache des Mietzinses, der im August 1914 bezahlt wurde.

Semesterschluß in den Schulen. Der Stadtschulrat für Wien hat auf Grund ministerieller Ermächtigung verfügt, daß an jenen Schulen, wo das laufende Schuljahr bereits am 3. September 1923 begonnen hat, das erste Semester diesmal ausnahmsweise schon am 1. Februar schließt. Der Unterricht im zweiten Semester beginnt an diesen Schulen am Mittwoch, den 6. Februar.

Die Verleihung des Bürgerrechtes an Professor Rosé. Der Wiener Gemeinderat hat bekanntlich dem Konzertmeister an der Wiener Staatsoper Arnold Rosé anlässlich der Feier seines 60. Geburtstages in Würdigung seiner hervorragenden Verdienste auf musikalischem Gebiet zum Bürger der Stadt Wien ernannt. Die Ernennung wurde in Form eines von dem akademischen Maler Erhard Amadeus-Dier künstlerisch ausgestatteten Diplomes ausgefertigt. Das Diplom enthält folgenden Text: In frohen Tagen wie in ernster Zeit steht den Wienern der Genius der Musik treu zur Seite: Die heranwachsende Jugend führt er zur reinen Schönheit, den Männern und Frauen am Webstuhl des Schaffens erscheint er als Verklärer des Alltags, dem Alter aber als milder Tröster. Darum bringt die Wiener Bevölkerung den Mittelern dieser göttlichen Kunst aufrichtige und innige Hochschätzung und Verehrung entgegen. Als Dolmetsch solch dankbaren Sinnes hat der Wiener Gemeinderat in seiner Sitzung vom 30. November 1923 den Beschluß gefasst, Herrn Professor Arnold Rosé in Würdigung seines hervorragenden Wirkens auf musikalischem Gebiete zum Bürger der Stadt Wien zu ernennen. Urkund dessen dieses Gedenkblatt. Der Bürgermeister Karl Seitz. Der Vizebürgermeister Georg Emmerling. Der Vizebürgermeister Franz Hoss. Dieses Gedenkblatt wurde Professor Rosé bereits überreicht.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantwortlicher
Redakteur:
Karl H o n s y

Wien, am Freitag, den 11. Jänner 1924. A b e n d a u s g a b e

Eine reichsdeutsche Studienkommission im Rathaus. Am Montag erschienen im Wiener Rathaus unter Führung des geschäftsführenden Vorstandsmitgliedes des Deutschen Städtetages Oberbürgermeister Mitzlaff (Berlin), die Teilnehmer an einer Studienreise, die der Deutsche Städtetag angeregt hatte. An dieser Reise nahmen teil Oberbürgermeister Dr. Luppe (Nürnberg), Stadtkämmerer Dr. Karding (Berlin), Beigeordneter Dr. Seippel (Essen), Rechtsanwalt Dr. Kronenberger (München), Oberbürgermeister Dr. Luecken (Kiel), Landrat von Salmuth (Hagen), Ministerialdirektor Mulert vom preussischen Ministerium des Innern und Generalsekretär Stein vom Verein für Kommunalpolitik und Kommunalwirtschaft in Berlin. Die Abordnung war nach Wien gekommen um die kommunalen Einrichtungen, vor allem aber die Finanzpolitik der Wiener Stadtverwaltung kennen zu lernen. Sie wurde von Bürgermeister Seitz, den Vizebürgermeistern Emmerling und Hoss empfangen und von dem städtischen Finanzreferenten Stadtrat Breitner über alle Zweige der Steuerpolitik der Gemeinde informiert. Dabei interessierte der Abordnung die Tatsache, dass die Rechnungsabschlüsse der Gemeinde Wien seit 1. Juli 1921, also in der Zeit der grössten Inflation, aktive Bilanzen aufweisen. Einer sehr eingehenden Untersuchung wurde die Frage unterzogen, ob die Herstellung des Gleichgewichtes im Stadthaushalt eine Einschränkung der notwendigen Aufgabengebiete herbeigeführt habe. An der Hand der Voranschläge wurde festgestellt, dass auf den entscheidenden Gebieten der Verwaltung die Gemeinde Wien nicht nur den Friedenszeit erreicht, sondern darüber noch hinausgegangen ist. Dies konnte vor allem bei den Fürsorgaufgaben verzeichnet werden, für die nach dem Voranschlag für das Jahr 1924 um mehr als fünf Millionen Goldkronen mehr ausgegeben werden, als im Jahre 1913, wobei die vom Lande Niederösterreich übernommenen Irwan- und Erziehungsanstalten nicht eingerechnet sind. Besonderes Interesse erweckte auch das Wiener Schulwesen und die Einführung der Schulzahnkliniken, der Schulärzte und der Schülerspeisung, sowie die durch den Geburtenrückgang bewirkte Verringerung der Schülerzahl in den einzelnen Klassen von 52 auf durchschnittlich 28 Kinder, die eine weitaus intensivere Beschäftigung der Lehrpersonen mit jedem einzelnen Schulkind ermöglicht. Auch die Wohnungsfrage wurde eingehend erörtert und die Teilnehmer an der Studienreise besichtigten am Freitag die Gemeindegewohnhäuser auf der Schmelz, den Fuchsenfeldhof und die Siedlung Hoffingergasse. Einer eingehenden Prüfung unterzogen die reichsdeutschen Fachleute die Führung der städtischen Unternehmungen, die von dem amtsführenden Stadtrat Vizebürgermeister Emmerling, Obersenatsrat Dr. Müller und den Direktoren dargelegt wurde. Gestern wurde die Abordnung von dem Bürgermeister Seitz in das Rathaus zu einem Empfang geladen, an dem auch die Vizebürgermeister, die Stadträte und der geschäftsführende Präsident des Stadtschulrates Nationalrat Glückel teilnahmen. Bürgermeister Seitz hielt dabei folgende Ansprache: Es sind Brüder aus dem Reich gekommen. Das ist für uns Wiener immer eine Freude, heute aber auch eine Genugtuung, weil sie gekommen sind, unsere städtischen Einrichtungen kennen zu lernen. Vor zehn Jahren hätte sich niemand träumen lassen, dass sachkundige Männer Ihrer Art unsere bescheidenen Einrichtungen besichtigen, um an ihnen zu lernen. Das sie auch manches gefunden haben, das Ihnen Anregung gegeben hat und sogar nachahmenswert scheint, ist uns eine grosse Auszeichnung. Wir danken Ihnen dafür und benützen diesen Anlass, um auch für die Gastfreundschaft zu danken, die unseren Vertretern im vergangenen Jahre bei Ihrer Hauptversammlung in Dresden erwiesen wurde. Wir haben vom Reich

auf dem Gebiete der Gemeindepolitik sehr viel gelernt. Wenn der unglückliche Krieg nicht gekommen wäre, hätten Sie gewiss keine Ursache, unsere Verhältnisse zu studieren. So aber handelt es sich darum, wie man in Zeiten der Not verwalten soll. Da war es für Sie selbstverständlich, dass Sie in das Land gekommen sind, das unter der Not am schwersten gelitten hat. Seien Sie versichert, dass all unser Denken und Fühlen darauf gerichtet ist, wie sich das deutsche Volk aus dieser Not, aus diesem Elend und aus dieser Erniedrigung wieder erheben wird. Das wird gewiss geschehen. Das deutsche Volk wird in der Welt wieder jene Stellung gewinnen, die ihm nach Kultur und Wissenschaft, nach Wirtschaft und Kunst gehört. Man liebt jetzt das deutsche Volk in ^{der} Welt nicht, ja man sagt sogar, man müsse es fürchten. Diese Ausrede der Furcht unwirksam zu machen und dem deutschen Volke wieder Sympathien zu verschaffen, wird eine der ersten Aufgaben sein. Wir sehen auch schon die Besserung und wir benützen diese Zusammenkunft um Ihnen zu sagen, dass wir uns mit Ihnen in der Not und im Glück immer solidarisch fühlen. Ich hoffe, dass die freundschaftlichen Beziehungen aller deutschen Städte über alle Grenzpfähle hinweg auch fernerhin fortbestehen werden. Dem Bürgermeister antwortete der Vorsitzende des Deutschen Städtetages Oberbürgermeister Mitzlaff, der folgendes sagte: Wir waren überzeugt, dass man uns in Wien mit Freuden empfangen wird. Aber wenn man uns heute dankt, dass wir gekommen sind, so ist das doch zu viel Bescheidenheit. Wir haben zu danken, dass Sie uns Gelegenheit geben, in einer erschöpfenden Weise die Wiener Stadtverwaltung kennen zu lernen. Wir haben uns die redlichste Mühe gegeben, in dieser Verwaltung Fehler zu finden, aber es ist uns das nicht gelungen und wir müssen sagen: Das Werk ist gelungen! ^{hier} Wir wissen wohl, dass man nicht alles, was wir gesehen haben, auf unsere Verhältnisse übertragen kann. Die Stadt Wien mit ihrer wirtschaftlichen Kraft ist ein Steuerobjekt, wie nur wenige andere Städte. Aber ohne die Tatkraft einer Verwaltung, die sich nicht scheut, auch unpopuläre Massnahmen durchzuführen, ist eine Sanierung nicht zu schaffen. Mit kräftigem Anpacken der Probleme, lässt sich, wie wir das in Wien gesehen haben, selbst das Unmöglichste schaffen. Wir werden die gleiche Tatkraft aufbringen und hoffen, dass auch uns das Werk gelingen wird. Es ist unsere Überzeugung, dass das deutsche Volk, das jetzt gespalten ist, sich wieder vereinen wird. Freilich sind das vorläufig nur Hoffnungen, mit deren Erfüllung wir vorläufig noch nicht rechnen können. Wenn auch die deutschen Städte noch nicht zusammengehören, so wollen wir doch als Volk und Menschen zusammenstehen. Schliesslich sprach noch Oberbürgermeister Dr. Luppe aus Essen anerkennende Worte über die Wiener Stadtverwaltung.

Heute erschien im Rathause Bürgermeister Ofenböck aus Wiener-Neustadt und gab der Abordnung Aufklärungen über die Haushalt der Stadtgemeinde Wiener-Neustadt. Die Teilnehmer der Studienreise begeben sich morgen nach Linz und fahren von dort nach Salzburg, um auch diese Gemeindeverwaltungen kennen zu lernen.
